DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

junge Welt Behindertenpolitik JW Special

Ein »Ecuador ohne Barrieren«

Mit Handicap

Ecuadors Präsident Moreno macht sich für die Belange Behinderter stark. Außerdem: Miserabel bezahlt, monoton, profitabel – Interessenvertretungen kritisieren die Arbeitsbedingungen in »Werkstätten für behinderte Menschen«. Und zwei Kurzgeschichten von Erwin Riess

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · **MITTWOCH, 28. JUNI 2017** · NR. 147 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Pseudoprobleme 3
Konstruiert: Zusammenhang zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus. Ein Gespräch mit Rolf Verleger

Asozialstaat 5
Bundesregierung und Arbeitsagentur verteidigen Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher

Krisenherd 9
Rom rettet heimische Banken mit 17 Milliarden Euro. Andernfalls drohe ein »Schock«

Lederhosen 12
»Provinzschriftsteller« – Quertreiber – Clown »von außen«: Oskar Maria Graf zum 50. Todestag

Mit Fake News in den Krieg

US-Administration redet neuen Giftgaseinsatz in Syrien herbei. Russland wirft Washington Unterstützung der Terroristen vor. **Von Knut Mellenthin**

Marschbefehl: Donald Trumps schickte am Montag seinen Sprecher Sean Spicer vor

REUTERS/CARLO ALLEGRI

Die US-Regierung droht mit verstärkten Luftangriffen gegen die syrischen Streitkräfte. Der Pressesprecher von US-Präsident Donald Trump, Sean Spicer, behauptete am Montag abend (Ortszeit), es gebe Erkenntnisse, dass »das Assad-Regime« einen Giftgaseinsatz plane, der »wahrscheinlich« zum »Massenmord an Zivilisten, einschließlich unschuldiger Kinder« führen würde. Die Aktivitäten ähnelten den Vorbereitungen zu einem früheren Angriff mit chemischen Kampfstoffen am 4. April. Falls es jetzt wirklich zu einem neuen »massenmörderischen Angriff« kommen sollte, müssten Assad und sein Militär »einen hohen Preis bezahlen«.

Nach dem mutmaßlichen Giftgasangriff im April hatte Washington die syrische Regierung für den Einsatz der geächteten Waffen verantwortlich gemacht, ohne dass eine Untersuchung stattgefunden hatte und ohne materielle Beweise vorzulegen. Als Vergeltung schossen die US-Streitkräfte 59 Cruise Missiles auf einen syrischen Luftwaffenstützpunkt ab. Inzwischen wachsen die Zweifel selbst in der Mainstreampresse. So veröffentlichte die *Welt am Sonntag* am Wochenende auf fünf Seiten eine Analyse des US-Journalisten Seymour M. Hersh. Er berichtete, dass auch die US-Geheimdienste große Zweifel an der Verantwortung der syrischen Luftwaffe für den Einsatz von Sarin hatten.

Der Presseerklärung des Weißen Hauses am Montag schloss sich die UN-Botschafterin der USA, Nimrata »Nikki« Haley, mit einem verschärfenden Zusatz an: »Jeder weitere Angriff auf das syrische Volk wird Assad angelastet werden, aber auch Russland und dem Iran, die ihm dabei helfen, sein eigenes Volk zu töten.«

Die Drohung Washingtons erscheint wie eine direkte Reaktion auf eine Stellungnahme des russischen Außenministers mehrere Stunden zuvor. Nach einem Telefongespräch mit seinem US-Amtskollegen Rex Tillerson betonte Sergej Lawrow vor der Presse die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um »Provokationen« gegen syrische Streitkräfte, die Operationen gegen Terroristen durchführen, zu verhindern. Lawrow warf den USA in diesem Zusammenhang vor, bei ihren Luftangriffen die »sogenannte Al-Nusra-Front«, einen Ableger der internationalen Terrororganisation Al-Qaida, zu verschonen. Die von Washington angeführte Militärkoalition scheine mehr darin interessiert zu sein, die syrische Armee zu bekämpfen.

Lawrow bezog sich mit dieser Kritik insbesondere auf einen Vorfall am 18. Juni. Da hatten US-Streitkräfte ein syrisches Kampfflugzeug abgeschossen, das zuvor angeblich »Rebellen« angegriffen hatte, die unter dem Schutz der USA stehen. Der stellvertretende Moskauer Außenminister Sergej Rjabkow hatte den Abschuss als »Aggressionsakt« verurteilt, der den Terroristen helfe.

Auch Tel Aviv hat in den letzten Tagen wieder zugunsten der »Rebellen« in den Syrien-Krieg eingegriffen. Israelische Kampfflugzeuge zerstörten am Sonnabend und Sonntag auf den Golanhöhen unter anderem zwei Panzer und eine MG-Stellung der syrischen Streitkräfte. Die Aktionen wurden als »Vergeltungsschläge« deklariert, nachdem im Verlauf von Kämpfen zwischen Aufständischen und syrischen Regierungstruppen mehrere Geschosse im israelisch besetzten Teil des Golan eingeschlagen waren, ohne Schäden anzurichten. Tel Aviv macht für alle Angriffe aus Syrien automatisch die Regierung in Damaskus verantwortlich.

Brüssel straft Google ab

EU-Kommission brummt Suchmaschinenbetreiber Milliardenbußgeld auf

Die EU-Kommission hat sich einen würdigen Gegner vorgenommen – und dem globalen Internetgiganten Alphabet Inc. bzw. dessen Suchmaschinenbetreiber Google eine Milliardenstrafe aufgebrummt. Es wäre im Falle der Zahlung bisher die mit Abstand höchste Geldbuße für ein einzelnes Unternehmen wegen Missbrauchs seiner Marktmacht.

Umgerechnet 2,42 Milliarden Euro müsse der US-Onlinedienstleister berappen, weil er seine marktbeherrschende Stellung mit seinem Preisvergleichsdienst missbraucht habe, teilte die Brüsseler Behörde am Dienstag mit. Zusätzliche Milliardenstrafen können folgen, da die EU-Kommission zwei andere Verfahren gegen Google führt und neue eröffnen könnte. Die Alphabet-Tochter wies die Anschuldigungen zurück und erklärte, rechtliche Schritte gegen den Beschluss zu erwägen.

Sollte Google sein Verhalten bei den Preisvergleichsdiensten innerhalb von 90 Tagen nicht abstellen, könnten bis zu fünf Prozent des durchschnittlichen Tagesumsatzes seiner Muttergesellschaft als Zwangsgeld verhängt werden, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Jede Firma, die sich durch die Marktmacht des US-Konzerns im vorliegenden Fall benachteiligt fühle, könne nun vor einem nationalen Gericht auf Schadensersatz klagen. Google habe anderen Unternehmen die Möglichkeit genommen, im Wettbewerb durch Leistung zu überzeugen.

Für Google macht die Strafe nur einen Bruchteil seiner Einnahmen aus: Allein im ersten Quartal des Jahres verzeichnete der Konzern einen Umsatz von aktuell umgerechnet rund 22 Milliarden Euro und fuhr einen Nettogewinn von 4,8 Milliarden Euro ein. Dem Unternehmen drohen aber weitere milliardenschwere Geldbußen aus Brüssel: In einem der zwei Verfahren geht es um die Marktmacht des Google-Betriebssystems Android auf Smartphones und Tablets, im anderen um Praktiken bei der Suchmaschinenwerbung. Vestager deutete zudem die Eröffnung weiterer Untersuchungen an, etwa beim Google-Bilderdienst oder dem Kartenservice Google-Maps. (Reuters/jW)

UN verkünden vollständige Entwaffnung der FARC

Bogotá. Nach mehr als 50 Jahren des bewaffneten Kampfes haben die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) alle Waffen den Vereinten Nationen übergeben. Die 6.800 Kämpfer hätten alle zuvor registrierten 7.132 Waffen übergeben, teilten die UN mit. Für Dienstag war ein offizieller Festakt zur symbolischen Beendigung der Waffenabgabe im Beisein der FARC-Führung und von Präsident Juan Manuel Santos im zentralkolumbianischen Mesetas geplant. Die Entwaffnung war Teil des im vergangenen Jahr ausgehandelten Friedensprozesses. Die Waffen sollen eingeschmolzen und als Baumaterial verwendet werden für Friedensmahnmale in Kolumbien, in New York am Sitz der Vereinten Nationen und in Havanna, dem Ort der fast vierjährigen Verhandlungen. (dpa/jW)

Siehe Kommentar Seite 8

US-Handelsminister sagt BRD-Besuch ab

REUTERS/KEVIN LAMARQUE

Berlin. Die Verstimmungen zwischen der BRD und den USA halten offenbar an. US-Handelsminister Wilbur Ross (Foto) sagte seinen für Dienstag geplanten Besuch in Berlin kurzfristig ab. Nach eigenen Angaben erhielt das Bundeswirtschaftsministerium die Absage am späten Montag abend. Dem Vernehmen nach entschuldigte sich der Minister unter Hinweis auf einen Termin bei US-Präsident Donald Trump. Eigentlich wollte der frühere Banker eineinhalb Wochen vor dem G-20-Gipfel mit Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) über Handelsfragen sowie drohende US-Strafen gegen europäische und deutsche Stahlkonzerne sprechen. Im März hatten die USA Dumpingvorwürfe gegen mehrere Hersteller erhoben. Noch im Juni wollte Ross zudem einen Bericht zur Frage vorlegen, ob Stahlimporte auch aus der EU als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA eingestuft werden können. (dpa/jW)

jW **wird herausgegeben von 2.056 Genossinnen und Genossen** (Stand 23.6.2017)

www.jungewelt.de/lpg

30026
4 198625 901607